

# Inhaltsübersicht

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	21
<b>Einleitung</b>	25
<b>Erster Teil: Anforderungen nach dem EG-Vertrag</b>	
<b>Erstes Kapitel: Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen des ESZB</b>	33
A. Einschlägige Regelungen	33
B. Errichtung der EZB und des ESZB	37
C. Organisation des ESZB	42
D. Zielsetzung des ESZB	51
E. Aufgaben im Rahmen des ESZB	54
F. Eigene Aufgaben der nationalen Zentralbanken	67
G. Aufgaben des ESZB im Bereich der Wechselkurspolitik	69
H. Finanzielle Regelungen	73
I. Unabhängigkeit	75
J. Fazit	80
<b>Zweites Kapitel: Anpassung der Satzungen der nationalen Zentralbanken an den EG-Vertrag und die ESZB-Satzung</b>	83
A. Vorbemerkung	83
B. Prüfung der Anpassung der Zentralbanksatzungen	84
C. Umfang der Anpassungspflicht aus Art. 109 EGV	86
D. Einzelne Anpassungsbereiche	92
E. Methoden der Anpassung	117
F. Gegenstand der Anpassung	123
G. Ursprünglicher Zeithorizont für die Herbeiführung der Vereinbarkeit i.S.v. Art. 109 EGV	134
H. Fazit	139
<b>Drittes Kapitel: Situation der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung</b>	143
A. Hintergrund: abgestufte Integration im Rahmen der WWU	143
B. Einschlägige Regelungen für die Stellung der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung	160
C. Anpassung der Zentralbanksatzungen der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung an den Vertrag und die Satzung gem. Art. 109 EGV	167
D. Stellung der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung im Hinblick auf die Organisationsstruktur des ESZB	170
E. Stellung im Hinblick auf die Aufgaben im ESZB	176
F. Eigene Aufgaben der nationalen Zentralbanken	183

G. Stellung im Hinblick auf die Wechselkurspolitik	184
H. Stellung im Hinblick auf Kapitalbeziehungen im ESZB	192
I. Stellung im Hinblick auf die Zielbestimmung des ESZB	195
J. Stellung im Hinblick auf die Unabhängigkeit	206
K. Fazit	209

**Zweiter Teil: Beitrittsbedingte Anpassungen der Zentralbanksatzungen am Beispiel der Staaten aus Mittel- und Osteuropa, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind**

<b>Viertes Kapitel: Ausrichtung der Reformen des Zentralbankrechts in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach der Wende 1989</b>	219
A. Ausgangssituation	219
B. Rechtsangleichungspflicht in den Europa-Abkommen	226
C. Beitrittsvoraussetzung der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands	232
D. Regelung zum Status der neuen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die WWU im Beitrittsvertrag	234
E. Implikationen der Gewährung der Ausnahmeregelung im Beitrittsvertrag	237
F. Umfang der Anpassung der Zentralbanksatzungen	240
G. Zeithorizont für die beitrittsbedingte Anpassung der Zentralbanksatzungen in den neuen Mitgliedstaaten	242
H. Ergebnisse der ersten Prüfungen des Standes der rechtlichen Konvergenz in den neuen Mitgliedstaaten aus MOE	253
I. Fazit	259

<b>Fünftes Kapitel: Prozess der Anpassung der Zentralbanksatzungen in der Zeit vor dem Beitritt</b>	262
A. Überwachung der Übernahme des WWU-Acquis	262
B. Methoden der Anpassung	267
C. Einzelne Anpassungsbereiche – ausgewählte Probleme	269
D. Fazit	324

**Dritter Teil: Ausblick**

<b>Sechstes Kapitel: Bevorstehende Änderungen der Rechtsgrundlagen des ESZB</b>	329
A. Einführung	329
B. Reform der Abstimmungsregeln im EZB-Rat	329
C. Bevorstehende Änderung der Rechtsgrundlagen des ESZB durch den Vertrag von Lissabon	342

<b>Zusammenfassung in Thesen</b>	369
----------------------------------	-----

Verzeichnis der zitierten Berichte des EWU, der EZB und der Kommission	384
--	-----

Literaturverzeichnis	389
----------------------	-----

# **Inhalt**

Abkürzungsverzeichnis	21
<b>Einleitung</b>	<b>25</b>
Der Hintergrund	25
Fragestellung und Methoden	28
Gliederung der Untersuchung	30
<b>Erster Teil: Anforderungen nach dem EG-Vertrag</b>	
<b>Erstes Kapitel: Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen des ESZB</b>	<b>33</b>
A. Einschlägige Regelungen	33
B. Errichtung der EZB und des ESZB	37
C. Organisation des ESZB	42
I. ESZB und Eurosystem	42
II. Beschlussorgane	43
1. EZB-Rat	44
2. Direktorium	46
III. Die EZB und die nationalen Zentralbanken als Bestandteile des Eurosystems	47
1. Rechtspersönlichkeit	47
2. Entscheidungsfindung im ESZB	47
3. Durchführung der Aufgaben des ESZB	48
4. Nationale Zentralbanken als integraler Bestandteil des Systems	50
5. EZB als integraler Bestandteil des Systems	50
D. Zielsetzung des ESZB	51
I. Regelung im Vertrag	51
II. Definition der Preisstabilität	52
III. Andere Ziele	53

<b>E. Aufgaben im Rahmen des ESZB</b>	<b>54</b>
I. Allgemeines	54
II. Grundlegende Aufgaben des ESZB	54
1. Festlegung und Ausführung der Geldpolitik	54
a. Inhalt	54
b. Instrumente	55
2. Durchführung der Devisengeschäfte	57
3. Haltung und Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten	57
4. Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme	58
III. Ausgabe von Banknoten und Münzen	59
IV. Andere Aufgaben	60
1. Beratende Aufgabe der EZB	60
a. Im Hinblick auf die Vorschläge für Rechtsakte der Gemeinschaft	60
b. Im Hinblick auf Entwürfe für Rechtsvorschriften auf der nationalen Ebene	62
2. Aufgaben auf dem Gebiet der Aufsicht	63
a. Beitrag zur reibungslosen Durchführung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Bankenaufsicht und der Stabilität des Finanzsystems	63
b. Übertragung von besonderen Aufsichtsaufgaben auf die EZB	64
3. Erhebung von Statistik	65
4. Internationale Zusammenarbeit	65
5. Vorübergehende Aufgaben der EZB	67
<b>F. Eigene Aufgaben der nationalen Zentralbanken</b>	<b>67</b>
<b>G. Aufgaben des ESZB im Bereich der Wechselkurspolitik</b>	<b>69</b>
I. Förmliche Wechselkursvereinbarungen	69
II. Allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik	70
III. Rolle des ESZB	71
<b>H. Finanzielle Regelungen</b>	<b>73</b>
I. Nationale Zentralbanken als EZB-Kapitaleigner	73
II. Währungsreserven	73
III. Gewinnverteilung	74

I. Unabhängigkeit	75
I. Allgemeines	75
II. Art. 108 EGV	76
III. Sachlicher Umfang der Unabhängigkeit	78
IV. Aspekte der Unabhängigkeit	79
J. Fazit	80

<b>Zweites Kapitel: Anpassung der Satzungen der nationalen Zentralbanken an den EG-Vertrag und die EZB-Satzung</b>	<b>83</b>
A. Vorbemerkung	83
B. Prüfung der Anpassung der Zentralbanksatzungen	84
I. Voraussetzung der „rechtlichen Konvergenz“	84
II. Konkretisierung des Inhalts der Anpassungspflicht	85
C. Umfang der Anpassungspflicht aus Art. 109 EGV	86
I. Anpassungsmaßstab	86
II. Erfordernis der Vereinbarkeit	88
1. Im-Einklang-Stehen/ Vereinbarkeit	88
2. Unvereinbarkeiten und Unvollkommenheiten	89
3. Nationale Besonderheiten	90
III. Anpassung an das Sekundärrecht?	91
D. Einzelne Anpassungsbereiche	92
I. Vorbemerkung	92
II. Zielbestimmung	94
1. Vorrang der Preisstabilität	94
2. Andere Ziele	94
III. Unabhängigkeit	95
1. Aspekte der Unabhängigkeit	95
2. Institutionelle Unabhängigkeit	97
3. Personelle Unabhängigkeit	98
a. Maßstab	98
b. Präsidenten der nationalen Zentralbanken	99
c. Andere Mitglieder der Beschlussorgane der nationalen Zentralbanken	101

4. Finanzielle Unabhängigkeit	101
IV. Integration in das ESZB	103
1. Allgemeines	103
2. Horizontale Anforderungen	103
3. Vertikale Anforderungen	106
a. Organisationsstruktur	106
aa. Anforderungen nach dem Vertrag und der Satzung	106
bb. Sonstige Reformen der Organisationsstruktur	108
b. Aufgaben	111
aa. Grundsätzliches	111
bb. Geldpolitik	112
cc. Geldpolitische Instrumente	112
dd. Devisengeschäfte	113
ee. Haltung und Verwaltung von Währungsreserven	113
ff. Überwachung der Zahlungssysteme	113
gg. Geldausgabe	114
hh. Andere Aufgaben	114
c. Finanzvorschriften	115
d. Wechselkurspolitik	115
e. Sonstige Aspekte der rechtlichen Integration in das ESZB	116
V. Andere Bereiche, in denen die Anpassung gem. Art. 109 EGV notwendig ist	116
E. Methoden der Anpassung	117
I. Vorbemerkung	117
II. Vorgehen im Falle von unvereinbaren nationalen Rechtsvorschriften	117
III. Übernahme der Vertrags- und Satzungsvorschriften in die Zentralbanksatzungen	118
IV. Beispiele aus der Praxis	121
F. Gegenstand der Anpassung	123
I. Allgemeines	123
II. Implikationen für nationale Verfassungen	125
1. Grundsätzliches	125
2. Entwicklungen in den alten Mitgliedstaaten	126
3. Entwicklungen in den neuen Mitgliedstaaten aus MOE	127

G. Ursprünglicher Zeithorizont für die Herbeiführung der Vereinbarkeit i.S.v. Art. 109 EGV	134
I. Beginn der Geltung der Pflicht aus Art. 109 EGV	134
II. Termin für die Sicherstellung der Vereinbarkeit	134
III. Schrittweises Vorgehen	137
IV. Ende der Pflicht aus Art. 109 EGV	138
H. Fazit	139
<b>Drittes Kapitel: Situation der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung</b>	143
A. Hintergrund: abgestufte Integration im Rahmen der WWU	143
I. Grundlagen der abgestuften währungspolitischen Integration	143
II. Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt	145
1. Begriffsabgrenzung	145
2. Inhalt der Ausnahmeregelung	146
3. Übergang in die dritte Stufe der WWU	148
III. Mitgliedstaaten mit Sonderstatus	150
1. Gemeinsames	150
2. Situation Dänemarks	150
3. Situation des Vereinigten Königreichs	151
IV. Beendigung des Nichtteilnehmer-Status	153
1. Verfahren	153
2. Voraussetzungen	155
B. Einschlägige Regelungen für die Stellung der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung	160
I. Im Primärrecht	160
II. Im Sekundärrecht	163
1. Rechtsakte der EZB	163
2. Rechtsakte des Rates	163
C. Anpassung der Zentralbanksatzungen der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung an den Vertrag und die Satzung gem. Art. 109 EGV	167
D. Stellung der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung im Hinblick auf die Organisationsstruktur des ESZB	170
I. Teilnahme am ESZB i.S.v. Art. 107 Abs. 1 EGV und Art. 1.2 ESZB-Satzung	170

II. Der Erweiterte Rat	171
1. Drittes Beschlussorgan der EZB	171
2. Zusammensetzung	173
3. Aufgaben	174
E. Stellung im Hinblick auf die Aufgaben im ESZB	176
I. Grundlegende Aufgaben des ESZB	176
II. Geldausgabe	179
III. Andere Aufgaben	179
1. Beratende Aufgabe der EZB	179
2. Bankenaufsicht	180
3. Aufgaben im Bereich der Statistik	182
4. Internationale Zusammenarbeit	183
F. Eigene Aufgaben der nationalen Zentralbanken	183
G. Stellung im Hinblick auf die Wechselkurspolitik	184
I. Wechselkurspolitik der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung	184
II. Wechselkursmechanismus	186
1. Notwendigkeit des Bestehens eines Wechselkursmechanismus	186
2. Errichtung des WKM II	186
3. Ausgestaltung des WKM II	187
4. Teilnahme am WKM II	189
H. Stellung im Hinblick auf Kapitalbeziehungen im ESZB	192
I. Grundsätzliches	192
II. Erhöhung des EZB-Kapitals infolge einer EU-Erweiterung	193
III. Beendigung der Sonderstellung im Hinblick auf Kapitalbeziehungen	195
I. Stellung im Hinblick auf die Zielbestimmung des ESZB	195
I. Unstimmigkeit zwischen dem Vertrag und der Satzung	195
II. Implikationen aus der Ausgestaltung der Ausnahmeregelung	199
1. Preisstabilität im Vertrag	199
2. „Negative“ Definition der Ausnahmeregelung	200
3. „Positive“ Definition der Ausnahmeregelung	201
4. Ergebnis	203
III. Andere Ziele in der Geldpolitik	205
J. Stellung im Hinblick auf die Unabhängigkeit	206
K. Fazit	209



## **Zweiter Teil: Beitrittsbedingte Anpassungen der Zentralbanksatzungen am Beispiel der Staaten aus Mittel- und Osteuropa, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind**

<b>Viertes Kapitel: Ausrichtung der Reformen des Zentralbankrechts in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach der Wende 1989</b>	<b>219</b>
A. Ausgangssituation	219
I. Zentralbank in der Planwirtschaft	219
II. Transformation und Einführung des zweistufigen Bankensystems	221
III. Frühe Reformen des Zentralbankrechts	225
B. Rechtsangleichungspflicht in den Europa-Abkommen	226
I. Kontext	226
II. Einschlägige Regelungen in den Europa-Abkommen	228
1. Kapitel zur „Angleichung der Rechtsvorschriften“	228
2. Regelung zur „Währungspolitik“	229
3. Regelung zur Zusammenarbeit im Hinblick auf „Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen“	230
4. Ergebnis	230
C. Beitrittsvoraussetzung der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands	232
D. Regelung zum Status der neuen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die WWU im Beitrittsvertrag	234
I. Möglicher Status nach dem EG-Vertrag	234
II. Optionen für beitrittswillige Staaten	234
III. Einschlägige Regelung im Beitrittsvertrag 2003	236
E. Implikationen der Gewährung der Ausnahmeregelung im Beitrittsvertrag	237
F. Umfang der Anpassung der Zentralbanksatzungen	240
I. Anpassungsmaßstab	240
II. Übernahme des Sekundärrechts	241
G. Zeithorizont für die beitriffsbedingte Anpassung der Zentralbanksatzungen in den neuen Mitgliedstaaten	242
I. Vorbemerkung	242
II. Vor dem Beitritt	242

III. Ab dem Beitritt	246
IV. Stufenweise Anpassung der Zentralbanksatzungen	248
H. Ergebnisse der ersten Prüfungen des Standes der rechtlichen Konvergenz in den neuen Mitgliedstaaten aus MOE	253
I. Fazit	259
<b>Fünftes Kapitel: Prozess der Anpassung der Zentralbanksatzungen in der Zeit vor dem Beitritt</b>	262
A. Überwachung der Übernahme des WWU-Acquis	262
I. Allgemeines	262
II. Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen	262
III. Fortschrittsberichte	263
IV. Beitrittspartnerschaften und nationale Programme zur Übernahme des Acquis	265
V. Informelle Überwachung	266
B. Methoden der Anpassung	267
I. Legislative Anpassungen	267
II. Integrationsfreundliche Auslegung	268
C. Einzelne Anpassungsbereiche – ausgewählte Probleme	269
I. Existenz einer Zentralbank	270
II. Organisationsstruktur der Zentralbank	272
1. Vorbemerkung	272
2. Organisationsstrukturen der Zentralbanken in MOE	273
3. Anforderungen an die Organisationsstruktur der Zentralbank	281
III. Aufgaben der Zentralbank	283
1. Allgemeines	283
2. Wahrnehmung der geldpolitischen Aufgabe	284
3. Bankenaufsicht	288
4. Funktion als Bank des Staates	289
IV. Rolle der Zentralbank in der Wechselkurspolitik	293
1. Anforderungen in der Zeit vor dem Beitritt	293
2. Entwicklung der Beitrittskandidaten aus MOE	294

V. Zielsetzung der Zentralbank	296
1. Grundsätzliches	296
2. Entwicklung der Beitrittskandidaten aus MOE	299
VI. Unabhängigkeit der Zentralbank	304
1. Grundsätzliches	304
2. Entwicklung der Beitrittskandidaten aus MOE	305
a. Trends	305
b. Ausdrückliche Deklaration der Unabhängigkeit in den Zentralbanksatzungen	307
c. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Zentralbankunabhängigkeit	308
d. Regelung des Verhältnisses zu den politischen Organen in den Zentralbankgesetzen	312
aa. Allgemeines	312
bb. Regelung des Verhältnisses zur Regierung	314
cc. Regelung des Verhältnisses zum Parlament	319
D. Fazit	324

### **Dritter Teil: Ausblick**

#### **Sechstes Kapitel:**

<b>Bevorstehende Änderungen der Rechtsgrundlagen des ESZB</b>	329
A. Einführung	329
B. Reform der Abstimmungsregeln im EZB-Rat	329
I. Hintergrund der Reform	329
II. Bestimmungen des Vertrags von Nizza im Hinblick auf die EZB	331
III. Art. 10.2 n.F. ESZB-Satzung	332
1. Einführung des Rotationsmodells	333
2. Merkmale des Rotationsmodells nach Art. 10.2 n.F. ESZB-Satzung	333
a. Teilnahme- und Stimmrechte im EZB-Rat	333
b. Verteilung der Stimmrechte	334
aa. Kriterien für die Einteilung in Gruppen	334
bb. Erste Phase: 16 bis 21 Zentralbankpräsidenten im EZB-Rat	335
cc. Zweite Phase: 22 und mehr Zentralbankpräsidenten im EZB-Rat	336

c. Abstimmung im EZB-Rat	337
d. Umsetzungsbestimmungen	338
IV. Stellungnahme	338
C. Bevorstehende Änderung der Rechtsgrundlagen des ESZB durch den Vertrag von Lissabon	342
I. Vorbemerkung: EU-Verfassungsreform	342
II. Rechtsgrundlagen des ESZB und der EZB nach dem Vertrag von Lissabon	346
III. Einzelne Neuerungen	348
1. Terminologie	349
2. Währungspolitik als ausschließliche Zuständigkeit der Union	350
3. Institutionelle Stellung der EZB	350
4. Institutionelle Stellung des ESZB	353
5. Ernennung der Mitglieder des Direktoriums	355
6. Übergangsvorschriften	355
7. ESZB-Satzung n.F.	358
8. Veränderbarkeit der einschlägigen Vorschriften	361
IV. Stellungnahme	362
<b>Zusammenfassung in Thesen</b>	<b>369</b>
Verzeichnis der zitierten Berichte des EWU, der EZB und der Kommission	384
Literaturverzeichnis	389